



# NEWSLETTER

FÜR DAS MÜNSTERLAND

NEUES AUS DEM LANDTAG VON NINA ANDRIESHEN MDL  
SEPTEMBER 2022 | AUSGABE 2



## MEIN SEPTEMBER NEWSLETTER

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

In diesem Newsletter berichte ich über die Ideen der SPD-Fraktion für Entlastungen in der aktuellen Vielfachkrise - zum Beispiel ein Nachfolger für das 9-€-Ticket oder einen Rettungsschirm für Gesundheitseinrichtungen. Neben den beiden Anträgen haben wir als SPD-Fraktion noch mehr ins Plenum eingebracht. So gab es auch Anträge zur Unterstützung der Stadtwerke und Kommunen, oder zur Unterstützung des Entlastungspakets der Bundesregierung. Vieles davon wird erst in den kommenden Wochen im Ausschuss beraten werden, einige Sachen hat die Landesregierung aber leider bereits abgelehnt.

Außerdem ging es zum Thema Sprach-Kitas hoch her - das Abwarten der Ministerinnen in Bund und Land muss endlich ein Ende finden. Wenigstens gab es für die Alltagshelfer:innen gute Nachrichten - zumindest mal ein Schritt in die richtige Richtung. Wenn ihr mehr erfahren möchtet, schaut doch auch mal bei **unserer Fraktionsseite** vorbei. Natürlich gab es auch wieder ein paar Neuigkeiten aus dem Wahlkreis! Mein Besuch bei einer Bäckerei und bei der Post sind nur einige der vielen Termine, die ich in den letzten Wochen absolviert habe. Mehr dazu findet ihr sonst auch immer auf meiner Webseite. Jetzt aber erst mal viel Spaß beim Lesen!

### INHALT

#### AUS DEM LANDTAG

- Entlastungen für dich und mich  
**Seite 2**

- Ein Ticket für alle - 1 Euro pro Tag!  
**Seite 3**

- Sprach-Kitas und Kita-helfer:innen  
**Seite 4**

- Besuch aus dem Wahlkreis  
**Seite 5**

#### AUS DEM WAHLKREIS

- Politik per Post
- Damit der Ofen nicht aus geht  
**Seite 6**

- Zwischenlagerung in NRW  
**Seite 7**

*Eure Nina*



# ENTLASTUNGEN FÜR DICH UND MICH

UNSERE ANTRÄGE ZUR ENTLASTUNG DER MENSCHEN UND UNTERNEHMEN IN NORDRHEIN-WESTFALEN



Die derzeitigen vielen Krisen belasten uns alle schwer. Die Bundesregierung hat mit dem dritten Entlastungspaket und dem 200 Milliarden Euro schweren Abwehrschirm weitere Schritte unternommen, um die dramatisch steigenden Kosten abzufedern. Sowohl Bürger:innen, als auch Unternehmen wird so unter die Arme gegriffen. Doch es darf nicht allein dem Bund überlassen werden, Maßnahmen umzusetzen und zu finanzieren. Es ist genauso Aufgabe der Landesregierung, die Bevölkerung in dieser Zeit zu unterstützen. Darum haben wir in diesem Plenum mehrere Vorschläge eingebracht, um genau das zu tun. Unternehmen, Einrichtungen und Bürger:innen brauchen Hilfe, und diese brauchen sie schnell. **In einem ersten Antrag** verlangten wir deshalb, dass die Landesregierung das kommende Entlastungspaket nicht im Bundesrat blockiert, sondern konstruktive Umsetzungsvorschläge macht. Jetzt aus parteitaktischen Gründen zu riskieren, dass Betriebe in die Insolvenz rutschen

und Menschen ihre Wohnungen verlieren, wäre in höchstem Maße unverantwortlich. Leider hat die Landesregierung unseren Antrag direkt abgelehnt.

**Wir wollen außerdem** die Stadtwerke und Kommunen stützen – als Grundversorger sind sie besonders wichtig, um die Energieversorgung aufrecht zu erhalten. Sie sind oft zumindest teilweise in kommunaler Hand. Müssen Kommunen hier Verluste auffangen, reißt das Löcher in ihre Haushalte. Viele sind bereits in finanzieller Schieflage – das darf sich nicht verschlimmern. Ähnlich sieht es bei den sozialen Dienstleistern aus. Pflege- und Gesundheitseinrichtungen können gestiegene Energiekosten an ihre „Kunden“ weitergeben – sie dürfen auf gar keinen Fall der Kosteneinsparung zum Opfer fallen. Genauso sieht es bei den Bildungseinrichtungen im Land aus. Einfach die Beiträge zu erhöhen ist nicht möglich, die Familien sind jetzt schon zu stark belastet..

**Darum fordern wir** einen Rettungsschirm für Gesundheitseinrichtungen und **Unterstützung für Bildungseinrichtungen**, die es Trägern erlaubt, Bewohner:innen und Kinder weiter zu versorgen. Ganz ähnlich sieht es auch **im Bereich Kultur** und Sport aus. Sportvereine und Kunst und Kultur machen nicht nur Spaß, sie sind auch unverzichtbare Anker für unsere Gesellschaft - und sie sind häufig gemeinnützige Vereine, die sich kein Polster für gestiegene Kosten anlegen können. Wenn wir nicht wollen, dass viele unserer Vereine in NRW aufgeben müssen, müssen wir auch als Land dagegen etwas tun.



# EIN TICKET FÜR ALLE - 1 EURO PRO TAG!

ZUM ANTRAG DER SPD - WIR BRAUCHEN EINE SOLIDE NACHFOLGE FÜR DAS 9-EURO-TICKET: „EIN TICKET FÜR ALLE - 1 EURO PRO TAG!“

**Das 9-Euro-Ticket, das von Anfang Juni bis Ende August von der Bundesregierung eingeführt wurde, war ein beeindruckender Erfolg.**

Das sehen nicht nur die Regierungsparteien so, sondern auch der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen und eine große Mehrzahl der Verbraucher:innen. Nur die Opposition behauptet etwas anderes. Dabei zeigen auch wissenschaftlichen Studien, die das 9-€-Ticket begleitet haben, wie erfolgreich es war. Rund 52 Millionen Tickets wurden verkauft, die für geschätzt eine Milliarde Fahrten pro Monat genutzt wurden. Das bedeutet einer CO<sub>2</sub>-Einsparung von 1,8 Millionen Tonnen. Jeder fünfte Käufer war laut VDV ein Neukunde.

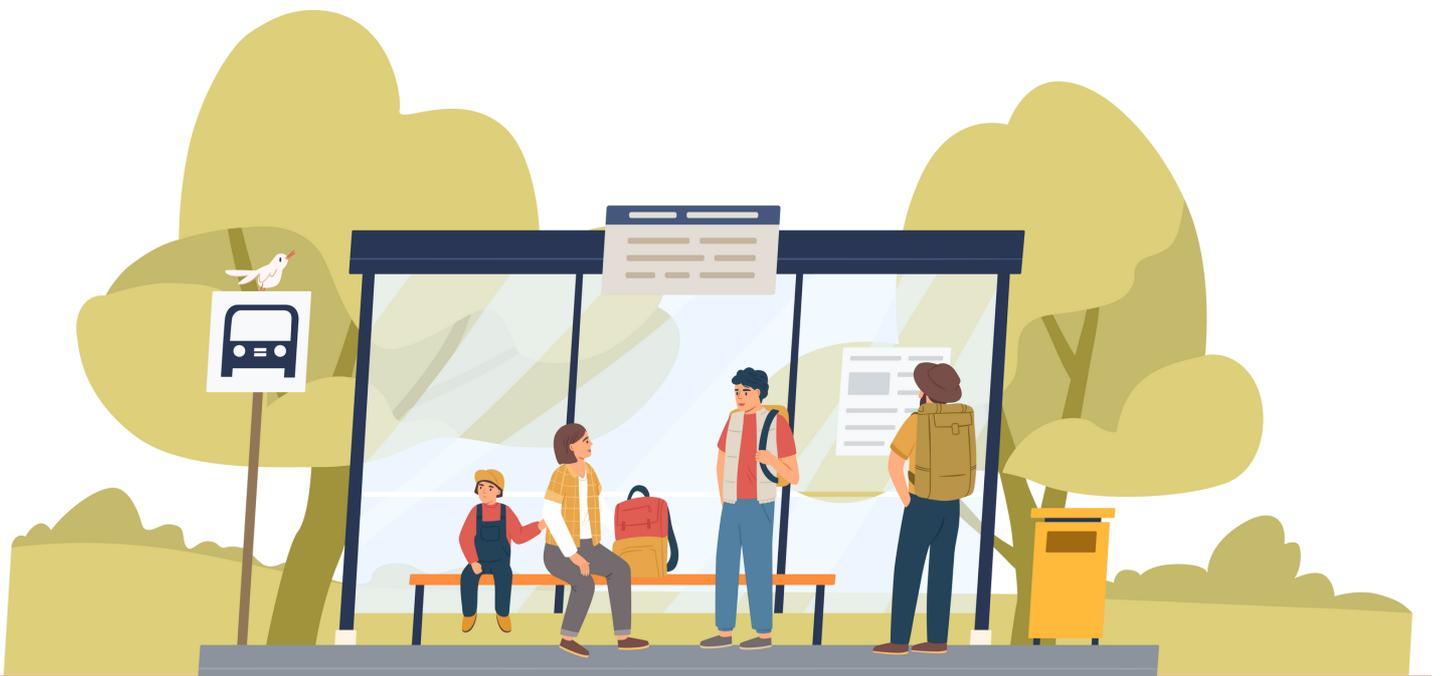
Das eigentliche Ziel, mit dem 9-Euro-Ticket für Entlastung beim Bürger zu sorgen und der Inflation entgegenzuwirken, wurde bravourös erreicht. Es brachte eine spür- und nachweisbare Entlastung für die Menschen.

Wir wollen, dass es nicht bei dieser einmaligen Aktion bleibt. Deshalb fordern wir **eine solide Nachfolge für das 9-Euro-Ticket: „Ein Ticket für alle - 1 Euro pro Tag!“**. Das Kabinett von Olaf Scholz hat den Impuls zur Fortentwicklung des ÖPNV gegeben, wir nehmen diesen gerne auf.



Wir wollen die dringend erforderliche Verkehrswende aktiv mitgestalten und fordern die Landesregierung in unserem Antrag unter anderem dazu auf:

- sich für eine gemeinsame Lösung für eine Nachfolge des 9-Euro-Tickets einzusetzen
- sich für einen Preis von 30 € für ein Monatsticket in Nordrhein-Westfalen einzusetzen
- den Ausbau von ÖPNV und SPNV deutlich schneller voranzutreiben
- Mit der Wirtschaft bezüglich einer Dritt-Nutzer-Finanzierung zu sprechen



# SPRACHKITAS UND KITA-HELPER:INNEN - FÜR LANGFRISTIGE VERBESSERUNGEN

ZUM ANTRAG DER SPD - "SPRACH-KITAS NICHT IM REGEN STEHEN LASSEN – SPRACHBILDUNG ERMÖGLICHEN" UND DEM REGIERUNGSANTRAG "FORTFÜHRUNG DES KITAHelfER:INNENPROGRAMMS"



Das Thema Sprach-Kitas ist eines, das mir besonders am Herzen liegt. Ende Dezember läuft das Bundesprogramm zur Förderung von Sprach-Kitas mitten im Kita-Jahr aus. Aber sie sind ein wesentlicher Baustein für die frühkindliche Bildung in NRW. Etwa jede achte Kita im Land ist eine Sprach-Kita, mehr als 1.400 Fachkräfte werden durch das Bundesprogramm finanziert, über 500.000 Kinder wurden in den letzten Jahren erreicht. Umso wichtiger ist es, dass das Förderprogramm aufrechterhalten wird. Wenn sich zum ohnehin schon bestehenden Fachkräftemangel, die Sprach-Fachkräfte ab 1. Oktober arbeitssuchend melden und umorientieren, verlieren wir wertvolles Wissen und eine wichtige Unterstützung für die Kinder in den Kitas. Die grüne Bundesfamilienministerin Paus und die grüne Landesministerin Paul liefern sich momentan ein denkwürdiges Trauerspiel. Niemand will die Kosten zur Fortführung des Programms übernehmen.

Wir als SPD haben daher einen **Antrag zum Erhalt der Sprach-Kitas** gestellt. Darin fordern wir unter anderem die Landesregierung auf, eine Fortführung der Finanzierung ab dem 1. Januar 2023 zu garantieren, sofern Bundesgelder nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Selbst in Anbetracht des massiven Fachkräftemangels und einer Überlastung in den Kitas sahen sich CDU und Grüne leider nicht in der Lage, eine Fortführung des Programms zu garantieren und lehnten unseren Antrag ab.

Eine schlechte Nachricht für alle Sprachkitas und besonders für die Kinder, die diese Unterstützung dringend brauchen. Umso erstaunlicher waren die anschließenden vollmundigen Beteuerungen der Regierungsparteien, wie wichtig die Kitahelfer:innen zur Entlastung in den Kitas sind.

Bis Juli 2023 wurde das Programm nun verlängert - zum xten Mal. Das ist das genaue Gegenteil von Planungssicherheit. Aus diesem Grund haben wir uns auch schon in der letzten Wahlperiode für eine Verstetigung eingesetzt - und darum haben wir auch **den Antrag von CDU und Grünen** dazu unterstützt. Allerdings - der Antrag ging uns nicht weit genug. In unserem **Entschließungsantrag** fordern wir nicht nur, dass das Kitahelfer:innen-Programm verstetigt wird, sondern ein Gesamtkonzept zur Behebung des Fachkräftemangels. Dazu brauchen wir z.B. eine komplett neue Finanzierungssystematik, denn den Trägern steht das Wasser bis zum Hals.

Auch Bürokaufleute zur Entlastung der Leitungen, mehr Zeit und Geld für die Ausbildung, Weiterbildungsmodule für Kitahelfer:innen, die umsatteln wollen und mehr Personal an den ausbildenden Schulen. Denn wir brauchen eine langfristige Entlastung durch gut ausgebildetes Personal. Flickschusterei hilft hier niemanden weiter. Leider wurde auch dieser Antrag durch die Regierungsparteien abgelehnt. Kein guter Tag für die Kitas und die Kinder in NRW!



## BESUCH AUS DEM WAHLKREIS

ZUR ERSTEN BESUCHERGRUPPE SEIT DER CORONA-PANDEMIE

Am Donnerstag hatte ich zum ersten Mal seit der Corona-Pandemie Besuch - 25 Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis schauten zur Plenarsitzung vorbei. Unser Besucherdienst hier im Landtag erstellt für Besuchergruppen immer ein Programm - leider hing der Bus einige Zeit im Stau fest, sodass die Einführung in den Landtag leider schon vorbei war.

Dafür konnten die Besucher auf der Tribüne erleben, dass es im Parlament auch mal einmütig zugehen kann. Alle demokratischen Fraktionen lehnten den Antrag für mehr Kohlekraftwerke der AfD ab, und stimmten zu, dass kleine Waldbesitzer und -besitzerinnen unterstützt werden müssen. Bei der vorherigen Debatte zu den Sprachkitas sah es da schon anders aus...

Im Anschluss daran hatten sie die Gelegenheit, mich mit Fragen zu Löchern und mehr über meine Tätigkeit als Abgeordnete zu erfahren. Tatsächlich sogar im Saal der Landespressekonferenz - und, genau wie die Journalisten auf deren Plätzen sie saßen, gab es jede Menge Fragen.

Von unserer Rolle als Opposition, über den Umgang mit der AfD, und wie ich überhaupt in der Politik gelandet bin - viele Fragen, viele Antworten. Zum Abschluss gab es noch Kuchen und Kaffee in der Landtagskantine mit Blick auf den Rhein, bevor die Teilnehmenden noch ein wenig Düsseldorf unsicher machten. Ich freue mich jedes Mal über Besuche - das sind immer viele Anregungen für mich, aber ich mag es auch, Menschen von und für die Landespolitik zu begeistern.

### AUCH INTERESSE AN EINER FAHRT ZUM LANDTAG?

Melde dich doch jetzt schon bei mir im Büro. Wir informieren dich dann zur nächsten Landtagsfahrt. Anmeldungen sendet ihr am besten an:

[GERTRUD.TANJSEK@LANDTAG.NRW.DE](mailto:GERTRUD.TANJSEK@LANDTAG.NRW.DE)  
TELEFON: 02871/2 74 51 38  
[WWW.NINA-ANDRIESHEN.DE/KONTAKTE/](http://WWW.NINA-ANDRIESHEN.DE/KONTAKTE/)





## POLITIK PER POST

EIN BLICK HINTER DIE KULISSEN DER PAKETZUSTELLUNG

Am 15. September 2022 war die Post in Velen-Ramsdorf besonders schnell. Tatkräftige Unterstützung erhielt die Postzustellerin Kerstin Mümken von Nadine Heselhaus, MdB, und mir. Wir begleiteten die Velenerin auf Ihrer Zustelltour und lieferten Paket- und Briefsendungen an die Kunden. Anschließend besuchten wir den Zustellstützpunkt der Deutschen Post in Ramsdorf, um mit den Mitarbeitern und der Führungsmannschaft rund um Niederlassungsvertreter Lars Volmer zu sprechen. Der Austausch zu sozialer und ökologischer Nachhaltigkeit, und den politischen Rahmenbedingungen stand dabei im Vordergrund. Sozial gerechte Bezahlung, steigende Liefervolumen und Strukturwandel unter einen Hut zu bringen ist eine große Aufgabe. Auch für die Post. Als Politikerinnen sehen wir es als unsere Aufgabe an, sie und ihre Mitarbeitenden dabei zu unterstützen. Ich bin dankbar für den offenen Austausch und den tiefen Einblick, den ich an diesem Morgen bekommen habe.



## DAMIT DER OFEN NICHT AUS GEHT

ZUM HILFERUF DER BÄCKERINNUNG

Die aktuelle Vielfachkrise bringt viele Bäckereibetriebe in Schwierigkeiten. Bei einem Termin im Traditionsbetrieb Gildhuis besprachen Nadine Heselhaus und ich mit den beiden Inhabern Matthias und Christian Gildhuis die Lage vor Ort. Mit dabei war auch Christoph Bruns von der Kreishandwerkerschaft.

Steigende Energiepreise, hohe Inflation und ständig wechselnde Rahmenbedingungen durch Corona und den Ukraine-Krieg sind für viele Unternehmen eine hohe Belastung. Dies gilt insbesondere für das Bäckerhandwerk. Hier laufen viele der Probleme zusammen. „Gas-, Strom- und Rohstoffpreise sind zu schnell zu stark gestiegen. Hinzu kommen ein spürbarer Fachkräftemangel und wenig Planungssicherheit,“ schildert Inhaber Christian Gildhuis die derzeitige Situation.

Nadine und ich haben großes Verständnis für die Situation. Nadine hatte vorab bereits mit Bäckereien gesprochen, und weiß - die Probleme werden in Berlin ernst genommen. Einige Hilfen zur Entlastung wurden schon bereits umgesetzt und weitere Entlastungen sind in Planung. Auch wir in Düsseldorf drängen auf eine schnelle Umsetzung und vor allem auch auf Hilfe durch die Landesregierung. Die Betriebe brauchen *jetzt* Hilfe, sonst bleibt buchstäblich der Ofen aus.

Trotz der schwierigen Lage ist für Inhaber Matthias Gildhuis aber der Bäckerberuf der beste Beruf, den er kennt. Er will diesen an seine Kinder weitergeben. Aber - dafür müssen die Marktbedingungen passen. Ein Arbeitsauftrag, den wir beim Anblick der frischen Backwaren sehr gerne entgegen nahmen. Mehr zum Besuch gibt es [hier!](#)





FOTOS: C) NBG/BUNDESFOTO/ZÖHRE KURC

## ZWISCHENLAGER IM MÜNSTERLAND

EINLADUNG DES NATIONALEN BEGLEITGREMIIUMS ZUM  
THEMA ZWISCHENLAGER IN NRW

Wenn Laufzeitverlängerungen bei Atomkraftwerken gefordert werden, dann sollte man auch dringend darüber reden, wo der ganze Atommüll am Ende landet. Das haben u. a. Nadine Heselhaus MdB und ich auf Einladung des NBG (Nationales Begleitgremium zur Endlagersuche) getan. Für uns ist klar, dass wir die Endlagersuche offen, konstruktiv und transparent begleiten müssen. Genau das ist Grundlage der Suche, die das NBG seit einigen Jahren nach streng wissenschaftlichen Kriterien beschäftigt. Ich finde es sehr gut, dass in dieser strittigen Frage jetzt wirklich auf die Wissenschaft gehört wird. Bei so einem Thema kann keine politische Entscheidung getroffen werden.

Klar ist aber auch, dass wir die Brennstäbe und all den anderen Atommüll bis dahin sicher zwischenlagern müssen. Derzeit ist ein Zwischenlager hier bei uns in Ahaus. Die Endlagersuche wird aber noch einige Zeit in Anspruch nehmen - vermutlich mehrere Jahrzehnte. Und darum ist es so wichtig, dass wir die Bevölkerung in Ahaus mitnehmen, und die Sicherheit des Lagers gewährleisten.

Die Frage, wie es weiter geht mit dem radioaktiven Müll aus Jülich ist zum Beispiel immer noch nicht endgültig geklärt. Die Landesregierung will keine Castortransporte mehr, auch nicht nach Ahaus - aber ein Neubau in Jülich ist auch noch nicht endgültig beschlossen. Solche Fragen müssen wir öffentlich und transparent für die Bevölkerung klären.

Etwas enttäuschend war es daher, dass die Parteien, die auf Bundes- und Landesebene am lautesten nach der Atomkraft rufen, nicht vertreten waren. Vor 11 Jahren habe ich zu Ostern noch in Ahaus gegen Atomkraft demonstriert. Jetzt, auf dem Podium, ist mir noch einmal sehr bewusst geworden, dass der Ausstieg aus der Atomkraft genau die richtige Entscheidung war! Mehr zur Veranstaltung findet ihr **hier**.



### Impressum

Homepage: [nina-andrieshen.de](http://nina-andrieshen.de)  
Facebook: [ninaandrieshenrw](https://www.facebook.com/ninaandrieshenrw)  
Instagram: [nina\\_andrieshen](https://www.instagram.com/nina_andrieshen)

**Nina Andrieshen MdL** | Franzstraße 26  
46395 Bocholt | Tel. 02871/2745138